

P/5N-68/ME von 2

## BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 4101/12-II/7/84 (15)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (40. Novelle zum ASVG);

Begutachtung.

Z.Zl.: 20040/2-1a/84

vom 25.4.1984

Himmelpfortgasse/4-8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

Durchwahl 1822

Sachbearbeiter:

OR Dr. Muhr

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 27	GE/19 84
Datum: 4. JUNI 1984	
Verteilt 1984 -06- 05 <i>Forner</i>	

An den

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament

1010 W i e n

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für soziale Verwaltung erstellten u. mit Note vom 25. April 1984, Zl. 20.040/2-1a/84, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (40. Novelle zum ASVG) in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlagen: 25 Kopien

1984 05 30

Der Bundesminister:

Dr. Salcher

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

## BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

GZ. 31 4101/12-II/7/84

Durchwahl 1822

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Allgemeine Sozialversicherungs-  
gesetz geändert wird (40. Novelle  
zum ASVG);

Begutachtung.

Z.Zl.: 20040/2-1a/84

vom 25.4.1984

Sachbearbeiter:

OR Dr. Muhr

An das

Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

W i e n

Zu dem mit Note vom 25. April 1984, Zl. 20.040/2-1a/84 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (40. Novelle zum ASVG), beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen mitzuteilen, daß gegen den o.a. Entwurf vom budgetären Standpunkt kein grundsätzlicher Einwand entsteht.

Allerdings erscheint die Vorsorge für jene Versicherte, die unverschuldet vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, durch die Berücksichtigung der Zeit vom Eintritt des Versicherungsfalles bis zu Vollendung des 50. Lebensjahres als "Zurechnungszeit" als zu weitgehend (§ 261 Abs. 3 ASVG i.d.F.d. Entwurfs). Dem Bundesministerium für Finanzen erschiene es ausreichend, die Zurechnungszeit in diesen Fällen lediglich im Verhältnis bzw. im Ausmaß der effektiven Beitragszeiten zu berücksichtigen ("Proratisierung").

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidenten des Nationalrates zugeleitet.

1984 05 30

Der Bundesminister:

Dr. Salcher

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung: